

ng.
herlicher Teil-
eu meiner Neben
bächer
r unjeren herz-
hen Dank denen,
angene während
en dur te und
nein haben.
rbl. ehenen.

ng.
ne, die wir bel-
euen Mannes,
dajw. eger daters,
ers
iehra
aj diesem Wege
atten zu durien
die dem Herr
en Worte und
wenden Gehung
nd Beieranten-
rechtigen Ange-
en für den er-
e überaus
diiebenen.

en.
ag früh ab steht
gerstraße
oßer Transport
hochträgiger
albinen
nd
Kinder,
ebhaber freunds-
Fernsprecher 12.
rrenberg,
4.

ender
2
eichnis
sstelle
ick zu
illich.

in's Ausland.



Nr. 31. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 97. Jahrgang
Erscheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die 5stimmige Seite Nr. 1. —
Wochensatz Nr. 3. — Der Samstagsheft kostet ein Gulden von 10^h. — Fernspr. 9.
Tienstag, den 7. Februar 1922.
Verlagspreis: In der Stadt mit Lagerlohn Nr. 24 — vierteljährlich. Postbezugs-
preis Nr. 24 — mit Belegkarte — Zahlung des Anzeigensammlers 2 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Papstwahl ist endlich gelungen: der Kardinal Ratti, Erzbischof von Mailand, ist zum Papst gewählt worden.

Am 10. Februar tritt in Genf die Konferenz der deutsch-polnischen Bevollmächtigten unter dem Vorsitz Calenders zusammen, um den endgültigen Text des nach dem Beschluß der Wotshafkonferenz vom 20. 10. 1921 vorgeschriebenen deutsch-polnischen Abkommens über Oberösterreich anzuhängen.

Die Streiklage hat sich weiter verschärft. In einem Erlass des Reichsverkehrsministers werden die Eisenbahngeneraldirektionen und Eisenbahndirektionen aufgefordert, die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzurufen. Wer dieser Aufforderung nicht Folge leistet, hat sein Dienstverhältnis selbst beendigt und wird entlassen. Die Verhandlungen der Reichsregierung mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen andererseits sollen zu Grundlagen geführt haben, die zu einer Verständigung und zum Abbruch des Streiks führen könnten. In Berlin und Baden gewinnt der Streik an Ausdehnung, in Bayern und Württemberg ist die Lage noch ruhig. Die wirtschaftlichen Folgen des Streiks machen sich überall bemerkbar.

Der Eisenbahnerstreik.

Vor dem Abbruch des Streiks?

Die Verhandlungen der Regierung mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen.

Berlin, 6. Febr. In der heutigen Besprechung der Spitzenverbände der Beamten, Angestellten und Arbeiter mit der Reichsregierung standen im Vordergrund die Erörterungen über die Frage der Grundgehälter der Beamten und die Frage des Arbeitszeitgesetzes. Bezüglich der Nachprüfung der Grundgehälter der Beamten erklärte der Reichsminister der Finanzen, er habe schon in der Reichstagsitzung vom 21. Januar eine Erklärung abgegeben lassen, wonach die Reichsregierung bereit sei, baldmöglichst in eine eingehende Aussprache über die Befoldungsfrage einzutreten und alle in Betracht kommenden Probleme zu prüfen. Im Anschluß an diese Besprechungen wurde die schon in der Sitzung am 25. Januar des 23. Ausschusses des Reichstags erörterte Frage der praktischen Durchführung der Gewährung von Wirtschaftsbefehlen an Beamte und Angestellte in Anlehnung an die den Arbeitern zugestandenen Ueberteuerungszuschüsse mit den Spitzenorganisationen durchberaten. Die Prüfung wird in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Zur Frage des Arbeitszeitgesetzes erklärte sich der Reichsverkehrsminister bereit, wie schon mit den Eisenbahnergewerkschaften so auch mit den Spitzenverbänden über den Referententwurf eines Arbeitszeitgesetzes zu beraten. Bei dieser Gelegenheit könne auch die Frage nochmals geprüft werden, ob die Möglichkeit bestehe, das Eisenbahnpersonal in das künftige allgemeine Arbeitszeitgesetz einzubeziehen. Das im Anschluß an diese Besprechungen tagende Reichskabinett billigte diese beiden Erklärungen des Reichsfinanzministers und des Reichsverkehrsministers. Ob sich auf Grund dieser Erklärungen eine Möglichkeit ergeben wird, den Streik zu beenden, steht zur Stunde noch nicht fest.

Berlin, 7. Febr. Am Schlusse der gestrigen Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und dem Deutschen Beamtenbund bezeichneten, den Blättern zufolge, sowohl die Vertreter der Gewerkschaften wie auch die des Beamtenbundes die Erklärung der Regierung als eine geeignete Grundlage für den Abbruch des Streiks.

Gestern in den Nachstunden haben bereits Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften, dem Deutschen Beamtenbund und der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten über die Zurückziehung des Streikaufrufs stattgefunden.

Laut „Berliner Lokalanzeiger“ soll man auch im Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft der Ansicht sein, daß die gestrige Zusicherung der Regierung eine unmittelbare Verhandlungsbasis ergeben könne. Schwierigkeiten bereite nur die Frage der Maßregelung von Streikenden. Die Reichsgewerkschaft hält an der Forderung fest, daß keinerlei Maßregelungen erfolgen dürfen und daß, falls das Reichsverkehrsministerium dennoch Maßregelungen von Streikenden vornehmen würde, diese die Verständigung mit der Regierung als gescheitert ansehen müßten. Das Reichskabinett soll sich heute mit der Frage der Maßregelung beschäftigen.

Ein Erlass des Reichsverkehrsministers.

Karlsruhe, 6. Febr. Der Reichsverkehrsminister hat folgenden Erlass herausgegeben, der in den Streikgebieten durch Anschlag bekannt gegeben wird: Gegenüber verschiedenen Meinungen über den Anschluß des Deutschen Eisenbahnerverbandes an den Beamtenstreik stelle ich fest, daß der Zentralvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes ebenso wie die übrigen Großorganisationen sich mit Entschiedenheit gegen den Streik erklärt und den Ortsgruppen, die im Widerspruch mit seinen Anordnungen in den Streik traten, mitteilt, daß sie dies auf eigene Verantwortung tun und daß ihnen weder Streikgelder noch sonstige gewerkschaftliche Unterstützungen von der Zentrale gewährt werden. Da in mehreren Bezirken zufolge Aufreizung durch unverantwortliche Personen sich Ortsgruppen bilden lassen, die ihnen angehörenden Arbeiter in den Streik zu treiben, sehe ich mich veranlaßt, folgendes zu verordnen: Jede Eisenbahngeneraldirektion oder Eisenbahndirektion hat in jedem Falle sofort einen Anschlag zu veröffentlichen, durch den die Arbeiter und Angestellten binnen kürzester Frist, nach Tag und Stunde bezeichnet, aufgefordert werden, ihren Dienst wieder anzutreten; Arbeiter und Angestellte, die dieser Aufforderung nicht nachkommen, haben ihr Dienstverhältnis selbst beendigt und sich als entlassen zu betrachten. Wegen des Vorgehens gegen Beamte gelten meine bereits erlassenen Anordnungen.

Aufruf des Berliner Magistrats zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Berlin, 6. Febr. Der Magistrat erläßt folgenden Aufruf: Alle städtischen Arbeiter und nichtständigen Angestellten werden hiermit aufgefordert, unverzüglich bis spätestens Dienstag, den 7. Februar, nachmittags 2 Uhr, die Arbeiten wieder aufzunehmen und zwar auf der Grundlage des Schlichtungsspruches des Schlichtungsausschusses vom 3. Februar, der vom Magistrat angenommen wurde. Wer bis zum Ablauf der gestellten Frist die Arbeit nicht wieder aufgenommen hat, ist striktlos entlassen.

Aufruf der Gewerkschaften an die städt. Arbeiter zur Beendigung des Streiks.

Berlin, 7. Febr. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Deutsche Metallarbeiterverband und der Zentralverband der Maschinen- und Heizer, der Deutsche Transportarbeiterverband, der Zentralverband der Angestellten, die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend, sowie der Allgemeine Freie Angestelltenbund, Ortsrat Groß-Berlin, erlassen einen Aufruf an die städtischen Angestellten und Arbeiter auf sofortige unverzügliche Aufnahme der Arbeit. Der Aufruf weist darauf hin, daß die durch den Streik über die gesamte Bevölkerung verhängten Leiden und Unbilden nicht gerechtfertigt erscheinen.

Die Streiklage im Reich.

Im allgemeinen unverändert.

Berlin, 7. Febr. Die Lage des Eisenbahnerstreiks ist nach dem Reichsverkehrsministerium vorliegenden Nachrichten im großen und ganzen unverändert. Entgegen verschiedenen anderslautenden Meldungen ist in Württemberg kein Streik ausgebrochen. In Baden sind nur kleinere Teilstreiks zu verzeichnen. In Oldenburg und auch im Gotharzer Bezirk haben die Lokomotivführer den Dienst geschlossen wieder aufgenommen. Auch sonst macht sich langsam der Prozeß der Wiedergewinnung der Verkehrswege bemerkbar. In Magdeburg sind wegen Verweigerung der Ausführung von Arbeiten, die die Arbeiter als Streikarbeit ansehen, in den staatlichen Eisenbahnbetriebswerkstätten 1500 Arbeiter ausgesperrt worden.

Essen, 6. Febr. Die Streiklage hat sich insofern wieder gebessert, als sich ein Teil des Zugbegleitpersonals wieder zum Dienst gemeldet hat. Der Rangierbetrieb ist auf mehreren Bahnhöfen wieder aufgenommen worden. Die Zugbildung hat sich hierdurch verbessert und die Anfuhr von Zügen ist weiter gesichert. Bei den kleinen Ruhrzügen ist es zu einer Einstellung der Förderung gekommen wegen geringer Lagermöglichkeiten. Einige bedeutende Zechen haben Feierschichten eingelegt, doch besteht Aussicht, daß im Bezirk Münster heute mehr Wagen anrollen. Auch auf den Kanalschiffen sind Einschränkungen zu erwarten, weil der Kanal seit dem 3. Februar zugefroren ist. Größere Werke an der Ruhr sind noch nicht zum Erliegen gekommen, doch müßten einige Werke Hochöfen abdämpfen. Im Bezirk Essen wird mit einer Besserung gerechnet, nachdem die drei großen Eisenbahnerverbände in einer Bekanntmachung ihre Mitglieder zur Aufrechterhaltung des Betriebs aufgefordert haben.

Sabotage.

Berlin, 6. Febr. Nach einer Meldung des „Tageblatts“ aus Frankfurt a. M. haben dort die Sabotageakte zugenommen. Der Wasserurm auf dem Hauptbahnhof, der die Lokomotiven zu speisen hat, wurde von Streikenden gestört. Zahlreiche Lokomotiven sind beschädigt, Ventile entwendet und die Hydrantschlüssel verschwand.

Erweiterung des Hofstrahls in Hamburg.

Hamburg, 6. Febr. Im Eisenbahndirektionsbezirk Altona hat der Hofbetrieb einige Erweiterungen erfahren. Die Spagag richtet einen Autoverkehr nach Bremen ein. Zwei Hofheiser wurden in Altona von Streikenden misshandelt.

Zeitungsbeschlagnahme.

Hamburg, 6. Febr. Ein Teil der Auflage der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ vor heute wurde auf Verfügung des Polizeikommandos beschlagnahmt.

Ausdehnung des Streiks in Baden.

Frankfurt a. M., 6. Febr. Wie die Eisenbahndirektion mitteilt, hat das noch diensttuende Mannheim-Eisenbahnpersonal beschlossen, ebenfalls in den Streik zu treten, falls die technische Nothilfe nicht zurückgezogen werde. Weiter teilt die Eisenbahndirektion mit, daß am Morgen verschiedene Personenzüge, die den Bahnhof verlassen wollten, von Streikenden daran gehindert wurden.

Kein Streik in Bayern.

München, 7. Febr. Der Vorstand der Deutschen Postgewerkschaft, Eitz München, erklärt, daß er nach wie vor mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen auf dem Standpunkt stehe, daß der von der Reichseisenbahngewerkschaft angeordnete Streik ein Verbrechen am Vaterland ist. Die Gewerkschaft fordert ihre Mitglieder dringend auf, den Dienst weiterhin treu und gewissenhaft zu verrichten. Von der Reichsregierung erwartet sie, daß diese angesichts der steigenden Verzögerung die eingeleiteten Verhandlungen so fördert, daß sie baldigst zu einem für die Arbeitnehmer des Reichs befriedigenden Ende geführt werden.

München, 7. Febr. Wie die „Münchner Neuesten Nachrichten“ melden, erklärte sich eine Versammlung der drei Gewerkschaftsgruppen der bayrischen Metallindustrie mit allen gegen 2 Stimmen mit einer Vertagung des Streiks einverstanden.

Die Lage in Württemberg.

Einheimischen im Zugverkehr.

(EGB) Stuttgart, 6. Febr. Nachdem schon gestern in Bayern wegen Kohlenmangel verschiedene Einschränkungen im Personenzugverkehr eingeleitet waren, die auch den württ. Grenzverkehr betreffen, hat sich nun wegen des Streiks in Baden die Eisenbahngeneraldirektion Stuttgart veranlaßt gesehen, eine Reihe von Zugverbindungen im Verkehr mit Baden ausfallen zu lassen. Jedermann wird daher gut tun, sich vor Antritt einer Reise die Anschläge auf den Bahnhöfen anzusehen.

Noch keine Entscheidung.

(EGB) Stuttgart, 6. Febr. Der württ. Eisenbahnerverband hält für seine Obmannschaften im Gebiet von Groß-Stuttgart und Umgebung am Dienstag abend 7 Uhr im Binzenhaus eine allgemeine Mitgliederversammlung, um zur Streiklage Stellung zu nehmen.

(EGB) Stuttgart, 6. Febr. Die württ. Lokomotivführer haben ihre endgültige Stellungnahme zum Streik der Eisenbahngeneraldirektion Stuttgart bis heute abend noch nicht mitgeteilt. Gerüchweise verlautet, daß sie beschließen hätten, den Streik abzulehnen.

(EGB) Stuttgart, 6. Febr. Die dem Gesamtverband der Beamten- und Staatsangestelltenvereinigungen des Eisenbahn- und Postpersonals (Württ. Eisenbahnerverband, Eisenbahnbeamtenverein des gehobenen mittleren Dienstes, Deutsche Verkehrsbeamten-Gewerkschaft, Deutsche Postgewerkschaft) halten am Dienstag abend 7 Uhr im Binzenhaus (ehemaliger Europäischer Hof) eine Mitgliederversammlung für Groß-Stuttgart und Umgebung ab, in der zu der gegenwärtigen Streiklage Stellung genommen und Bericht erstattet wird.

(EGB) Stuttgart, 6. Febr. Gegenüber verschiedenen Meldungen über den Anschluß des deutschen Eisenbahnerverbandes (freigewerkschaftlich) an den Beamtenstreik wird festgestellt, daß der Zentralvorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes, ebenso wie die übrigen Großorganisationen sich mit Entschiedenheit gegen den Streik erklärt und den Ortsgruppen, die im Widerspruch mit seinen Anordnungen in den Streik getreten sind, mitteilt, daß sie dies auf eigene Verantwortung tun, und daß den wild Streikenden weder geldliche noch sonstige gewerkschaftliche Unterstützungen von der Zentrale gewährt werden.

Württemberg ohne Kohlenzufuhren.

(EGB) Stuttgart, 6. Febr. Das Landesbrennstoffamt teilt mit: Der Eisenbahnerstreik hat nunmehr auch auf Baden übergegriffen. Infolgedessen hat Württemberg keinerlei Brennstoffeinzug mehr zu verzeichnen. Die Zufuhren aus Mitteldeutschland und Rheinland-Westfalen auf dem Bahnweg haben schon mit Beginn des Verkehrsstreiks aufgehört. Was noch auf dem Rheinwasserweg am Oberrhein eingeht, kann nicht mehr abtransportiert werden, ebenso ist es unmöglich geworden, Auslandskohle (Saarkohle) zu beziehen.

Wirtschaftswegen zuzuführen.
aufe des Jahres 1921
finanzamt deshalb bis
mit mehr als 24 000
den oder das Finanz
hen.

Donnerstag.
er weiter nach Süden
ist trodenes Frostwet

Stationsgebäude erlitt
einen Herzschlag, dem

ge Nummer der „Südb
hne verfallen wegen
orin zur Unterstützung

in Stuttgart.

Partnervereins.

Landesversammlung
bundes, die am
Liederhalle statt
die er bisher noch
u verzeichnen war.
ogt: Gochjen, bes
aus allen Gauen
wendigkeit der po
Volk von Bauern.
der die Teilnahme
acht habe, betonte
ie Verantwortung
eich der Hoffnung
Beamten und das
tliches Wirtschafts
bedachte er des ver
deutschen Kaiserin
s. Wilhelm II. sei
önig gewesen, doch
Wirtschaft gehabt.
dnis leitens der
werden, auch sei
der letzten Wochen
mühten rückgängig
ogt zur Erziehung
Menschen auf, um
g und frei zu ma
Tätigkeitsbericht
cht, daß der Bund
glieder gewonnen
atorische und bes
Geschäftsführer
überbrachte die
n und sprach paz
ischen Scholle. —
das Zusammen
im den Gegenlag
rühmte die treue
undentag ab und
er südlichen Bes
für die bäuerliche
über Fragen der
gepunkte konzen
ten bezw. Herab
auf die Steigerung
gen käme auf je
den. Die Bezah
die Erfüllung
bedner beleuchtete
irtschaft, forderte
landschaftstrenn
tums. Der Kampf
tiger Bauernland
wünschte von der
terstützung gegen
er forderte eine
beitszeit. Abg.
das Zusammen
lf über Finanz
Zentler über
und Reichstaats
über Steuer
Landwirt
s Reiches und die
n Betrieb näher
klärung An
n, die Ernährung
Landwirtschaft,
ngen und Steuer
s den Betrieben,
sollt wird. Wei
ndesversammlung
aller Entschieden
nd der Schuld an
nd lediglich eine
ren auf dem Ges
des Weltwelsens be
der unangeheuren
Papiergeldumsat
n und Ausland.
Kriegensvertrag
terung die soner
t mit allen Kräf
densvertrags und
erstrebt, best
des deutschen Volk
les als ein Werk
Friedens bringen
kommunistischen
nung des Klassen

Kampfes und Klassenhasses, mit den selbstlosen Streifenlagen nur Werkzeuge des inneren Krieges und der Zerstückung. Demgegenüber erblicken wir den Weg zur Lösung der strittigen Fragen unserer Zeit in der Wertschätzung jeder ehrlichen Arbeit in Stadt und Land, der gemeinsamen Tätigkeit aller Stände und Klassen zum Wohle des Vaterlandes und in der Rückkehr zur Ordnung, Einfachheit, Sparsamkeit und Arbeitsamkeit auf allen Gebieten, sowie in der Erhaltung der christlich-sittlichen Grundlage der Familie, der Schule, der Gemeinde und des Staates. — Die Entschließung wurde ohne Widerspruch angenommen. — Die Landwirtschaftliche Ausstellung hatte am Sonntag so starken Besuch, daß sie mehrmals polizeilich abgesperrt werden mußte.

Mitgliederversammlung des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes.

(ECB) Stuttgart, 5. Febr. Unter ungeheuerem Andrang fand am Sonntag vormittag im Festsaal der Liederhalle die Mitgliederversammlung des Landw. Hauptverbandes statt. Der Vorstand Schultheiß Maunz, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Bedeutung der landwirtschaftlichen Woche hin und betonte besonders den Ernährungsminister Reil, die Vertreter der Ministerien u. Behörden, Präsident v. Sting, die Vertr. der Nachbarländer des bayerischen Ministeriums für Landwirtschaft, des badischen Ministeriums des Innern, der Landesbauernkammer München, der badischen und hessischen Landwirtschaftskammer, der Kaiserlichen-Bauernvereine Hohenzollern die Vertreter aus Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe aus ganz Württemberg. Die Landwirtschaftliche Woche und ihre Ausstellung stehe im Zeichen der Produktionsförderung. — Ernährungsminister Reil rühmte die glänzende Ausstellung, die die schwäbische Landwirtschaft aus eigener Kraft zustande gebracht habe. Sein Erscheinen bedeute wohl für viele Landwirte eine Hebung, da er ja als sozialdemokratischer Ernährungsminister für einen Feind der Landwirtschaft angesehen werde. Dennoch fühle er sich mit der Landwirtschaft verbunden und sei nicht nur aus dienstlichem, sondern auch persönlichem Interesse zu den Verhandlungen gekommen. Denn er sei von der wahren Wahrheit überzeugt, daß die Landwirtschaft die Mutter aller Kultur überhaupt darstelle, auch in der Entmischung unseres Staates zum Industrieort. Mit dieser Erkenntnis dürfe aber nicht eine Unterschätzung der großen großen Teile der Gesamtwirtschaft des Volkes sich verbinden. Die Landwirtschaft bleibe das Erdbecken aller praktischen und theoretischen Volkswirtschaft. Es wäre zu wünschen, daß die Erträge in der landwirtschaftlichen Dinge in höherem Grade ein Bestandteil der allgemeinen Bildung würde und daß umgekehrt die ländliche Bevölkerung einen Einblick in die Lebensbedingungen der Stadtbevölkerung erhalte. „Die Schwierigkeiten unserer wirtschaftlichen Lage kann man auch von außen. Deshalb gilt es zur Volksgemeinschaft zu kommen zu wachsen und sich der Gefahren zu erwehren. Wir wollen die Landwirtschaft fördern zur Erleichterung der Volksernährung und zur Hebung der Volkskultur. Der Landw. Woche wünsche ich vollen Erfolg.“ — Geschäftsführer Brauninger erstattete hierauf den Tätigkeitsbericht des Landw. Hauptverbandes, und beleuchtete die Leistungen in Organisation und Arbeit im Verband und streifte die Aufgaben der Zukunft. Im Anschluß daran wurden eine Reihe von Entschlüssen angenommen. Diese fordern, daß im Interesse einer Mehrproduktion von der Regierung verlangt wird, die letzten Reste der Zwangswirtschaft sofort zu beseitigen, ferner beansprucht die Landwirtschaft volle Amnestie wegen Hebervertrug der Vorschriften betr. Zwangswirtschaft. Eine Nichtberücksichtigung dieses Wunsches müßte als verwerfliche Klassenjustiz gebrandmarkt werden. In einer weiteren Entschlußung wird die Befestigung des schematischen Achtstundentages gefordert, der der Landwirtschaft die letzten Arbeitskräfte entziehe, ferner bezüglich der Sonntagsruhe im Handelszweige, daß in kleineren Städten an allen Sonn- und Feiertagen die Geschäfte 3 Stunden offen gehalten werden dürfen, um den Eigenarten der Landbevölkerung entgegen zu kommen. Eine weitere Entschlußung macht auf das Gefährliche der jetzigen Zustände auf dem Düngemittelmarkt aufmerksam und ruft die Behörden um Überwachung der Preisbildung und Aufsicht, sowie Bereitstellung der notwendigen Düngemittel zur Frühjahrsbestellung. Eine umfangreiche Entschlußung zu Steuerfragen fand ebenfalls einstimmige Annahme. Darin wird das Landesfinanzamt um Bekämpfung der Normalsteuern durch die Finanzämter an die landw. Organisationen für Einschätzung des landwirtschaftlichen Einkommens ersucht, die Sätze für 1920 als zu hoch erklärt, die Umsatzsteuerfreiheit der Vermittlungsstellen für landwirtschaftliche Produkte aufrecht erhalten, die Neueinführung von Steuern für zwecklos erklärt, solange die alten nicht durchgeführt sind, die Sachwertbesteuerung und Zwangsanleihe sowie die Erhöhung der Grund- und Gebäudelastener sowie der Wohnungsabgabe bei landw. Gebäuden abzulehnen. Die Zustimmung zu diesen Entschlüssen erfolgte in voller Einmütigkeit. Hierauf sprach in einem lehrreichen Vortrag Dönnepächter Adlung-Sindelfingen über Fragen des Kartoffelanbaus. Die Vorführung des Lehrfilms der landwirtschaftlichen Anstalt Hohenheim bildete den Abschluß der ersten Tagung des Hauptverbandes, die einen überaus eindrucksvollen Verlauf nahm.

Tagung der württ. Baumwarte.

(ECB) Stuttgart, 4. Febr. Im Zusammenhang mit der Landw. Woche war der Verband württ. Baumwarte am Samstag im Zentralthal versammelt. Die Beteiligung war überaus groß. Voraus ging am Vormittag eine Vorkonferenz, in der Ständes- und Organisationsfragen behandelt wurden. In der Mitgliederversammlung waren auch Vertreter des Hauptverbandes, der Landwirtschaftskammer und des Obstbauvereins, Oberamtsbaumwart Brügger-Ravensburg, der Vorstand des Vereins, berichtete über die Arbeit des vergangenen Jahres. Die Einführung einer Prüfung für Baumwarte und Oberamtsbaumwarte durch die Landwirtschaftskammer wurde als bedeutender Fortschritt und als im Berufsinteresse der Baumwarte liegend anerkannt. Nachdem die Jahresrech-

nung ohne Anstand genehmigt und kleinere Vereinsangelegenheiten erledigt waren, hielt Brügger einen Vortrag über zeitgemäße Aufgaben für den Baumwart zur Hebung des Obstbaues, der großen Beifall fand. Der Redner wies auf die Notwendigkeit hin, die vorhandenen Baumbestände durch zielbewußte Pflege, Düngung und Züchtung auszunutzen, um eine Steigerung der Produktion zu erreichen. Eine Unterstützung der Regierung in diesen Bestrebungen sei dringend nötig. Die Baumwarte müßten durch Ablegung der neu eingeführten Prüfung die Vorbereitungen für ihre berufliche und finanzielle Besserstellung schaffen, um auch bei den Gemeinden ihre Forderungen durchsetzen zu können. Aber auch die Rechte der Baumwarte gegenüber den Baumbesitzern, die wohl Arbeit aber wenig Lohn geben, müßten gewahrt werden. Im Anschluß an die Mitgliederversammlung traten die Oberamtsbaumwarte zu einer Sitzung zusammen.

Generalversammlung des württ. Obstbauvereins.

(ECB) Stuttgart, 6. Febr. Der württ. Obstbauverein hielt am Sonntag seine Generalversammlung. Der verdiente langjährige Vorstand Dekonomierat Barth leitete die überaus zahlreich besuchte Veranstaltung und gab den Rechenschaftsbericht, nachdem der Verein 9000 neue Mitglieder gewonnen hat. Der Beitrag wurde auf 50 M. erhöht. Es wurde auch des Hinscheidens verdientvoller Förderer der Landwirtschaft gedacht. Zum Vorstand wurde wiederum Barth gewählt, der sich trotz seines hohen Alters nach langem Bitten für 1 Jahr weiter verpflichtete. Hierauf folgte ein Vortrag über Obstbau und Landwirtschaft.

Landtag.

Die Frage der Wohnungsbauförderung im Finanzausschuß.

(ECB) Stuttgart, 4. Febr.

Der Finanzausschuß nahm in seinen letzten Sitzungen erneut Stellung zur Frage der Wohnungsbauförderung. Die Regierung hat in einer Erklärung die finanzielle Lage auf dem Gebiete des Wohnungsbaus dem Finanzausschuß unterbreitet. Durch die Pflöckigkeit und Höhe der Verteuerung der Löhne und der Baustoffe ist in den letzten Monaten des Jahres 1921 der gesamte Aufwand für die Erstellung einer Wohnung gegen den Sommerpreis um 80-100 Proz. gestiegen. Bei den Bauten im Jahre 1922 ist durchweg mit einer noch weiteren Verteuerung zu rechnen. Danach dürfte die Erstellung von 6000 Wohnungen mit durchschnittlich 50 000 M. Unterstützung durch Staat und Gemeinde, einschließlich des Wertes der Holzabgabe für eine Wohnungseinheit, einen Aufwand für den Staat und die Gemeinden von rund 300 Millionen Mark erfordern. Im Jahre 1921 hat der Staat etwa 130 Millionen für Baudarlehen aufgebracht. Nach dem Wohnungsabgabegesetz sollen diese 130 Millionen binnen 4 Jahren aufgebracht werden. Der Landtag wird nun vor die Frage gestellt, ob er bereit ist, die Wohnungsabgabe entsprechend zu erhöhen. Die Regierung ist der Auffassung, daß mit Anleihenmitteln allein im Jahre 1922 nicht gebaut werden kann. Bei den Debatten über die Frage der Wohnungsabgabe spielte zunächst die Frage der Abgabe von Bauholz durch die Staatsforstverwaltung eine bedeutende Rolle. Die Regierung unterbreitete dem Finanzausschuß einen gemeinschaftlichen Vorschlag der Ministerien der Finanzen und des Innern. Danach soll die Naturalabgabe von Rundholz auf die Dauer nicht mehr möglich sein und durch eine Erhöhung der Baudarlehen ersetzt werden. Die Wohnungsabteilung soll auf Verlangen des Bauherrn das Bauholz (Schnittholz) auf dessen Rechnung unter Anrechnung auf das Baudarlehen vermitteln. Die Forstverwaltung wird auf Verlangen der Wohnungsabteilung Nadelstammholz etwa zum Durchschnittspreis des Vormonats zur Verfügung stellen, damit die Bauabteilung den Preis des Bauholzes mäßigend beeinflussen kann. Die Abg. Andre, Scheef und Pflüger zogen die früher in der Bauholzfrage gestellten Anträge zurück und brachten einen neuen Antrag ein. Die Regierung zeigte aber auch gegen den neuen Antrag starke Bedenken. Deshalb wurde ein Unterausschuß eingesetzt, der am kommenden Dienstag zusammentreten und eine Einigung mit der Regierung in Sachen der Bauholzgewährung herbeiführen soll. In dem Antrag der Regierungsparteien spielt vor allem auch die Abgabe von Bauholz durch die größeren Gemeinde- und Privatwaldbesitzer eine bedeutende Rolle, weil die Staatsforstverwaltung mit Rücksicht auf die Reparationsleistungen in diesem Jahre nur verhältnismäßig wenig Bauholz zur Verfügung stellen kann. Hinsichtlich der Frage der Baudarlehen erklärten die Parteivertreter, daß sie ohne die Zustimmung ihrer Fraktionen sich für eine so bedeutende Erhöhung der Wohnungsabgabe nicht aussprechen können. Es handelt sich dabei um das Drei- bis Vierfache der im letzten Herbst eingeführten Höhe. Ein Redner des Zentrums führte aus, daß angesichts der furchtbaren Not auf dem Wohnungsmarkt alle Kreise des Volkes zu ihrer Behebung beitragen müßten. Man müsse deshalb versuchen, auf dem Gebiete der Baustoffherstellung, wie im Baugewerbe selbst, vorübergehend vom Achtstundentag abzukommen. Es genüge nicht, immer bloß auszurechnen, daß nur mehr Arbeit uns noch retten könne, sondern man müsse aus dieser Erkenntnis auch die Konsequenz ziehen. Weiter kritisierte derselbe Redner, daß Baudarlehen für Genossenschaftsbauten gerichtet werden, die zur Erstellung von Einfamilienhäusern Verwendung finden. Einen derartigen Bauzweck könne man sich heute nicht mehr leisten, weil die Straßenaufkosten, ferner die Kosten der Gas- und Wasserleitung, der Abwässerung usw. vielfach nicht höher seien, als wenn das Haus zwei- oder dreistöckig erbaut würde. Man müsse Mietshäuser bauen, die tatsächlich auch mehreren Familien neuen Wohnraum böten. Ein Redner der Bürgerpartei erklärte, daß seine Partei nach wie vor die Darlehensgewährung für Wohnungsbauten verweigere. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß ein anderes System eingeführt und daß Rentenerlösbereitschaft durch den Staat gereicht werden müsse. Den Hausbesitzern solle der Staat die dreifache Bruttoeinnahme der Friedensmieten garantieren und dann die Hausbesitzer zu Zwangsbaugenossenschaften zusammenschließen. Von der Regierung wurden schwere Bedenken gegen diesen Weg vorgebracht und ausgesprochen, daß mit diesem System der Hausbesitzer noch weit mehr als bisher einer Zwangswirtschaft unterworfen würde. Die Ausführungen des Zentrumsredners über den Achtstundentag wurden von allen bürgerlichen Parteien unterstützt, nur von sozialdemo-

kratischer Seite wurden Bedenken vorgebracht. Ein Redner der D. B. ging auf Vorwürfe ein, die in einer Stuttgarter Hausbesitzerversammlung zu Unrecht gegen seine Partei erhoben worden seien. Er wünschte sodann, daß hinsichtlich der Sparpolitik die Regierung anders vorgehe und daß eine größere Belebung der Häuser durch die Sparkassen vorgenommen werden möge. Weiter verlangte er sowohl wie ein Redner der Bürgerpartei Aufschluß über die Höhe der Verwaltungskosten, die bisher entfallen sind. Endlich sprach sich ein volksparteilicher Redner für den Abbau der Wohnungswirtschaft in dem Sinne aus, daß Vorkosten großer Vermögen den Mieterschutz nicht mehr erhalten sollen. — Die Abg. Möhler, Heymann und Scheef stellten noch folgenden Antrag: 1. Die Regierung möge die Vereinfachung der nachträglichen Bewilligung der Mittel erklären, die infolge der notwendigen Erhöhung der Baudarlehen bei Bauten nötig wurden, die vor dem 15. November 1921 begonnen wurden; 2. das Staatsministerium möge dem Landtag unverzüglich Vorschläge darüber unterbreiten, wie den aus dem Baujahr 1921 noch rückständigen und für das Baujahr 1922 neu eingereichten Gesuchen um Gewährung von Baudarlehen mit künftiger Beschleunigung die Zusage erteilt und die erforderliche Deckung dafür beschafft werden kann. Auch dieser Antrag wird dem Unterausschuß am Dienstag vorgelegt werden. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Verhandlungen mit der Regierung im Unterausschuß zu einer Einigung führen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar gilt heute 203,30 M., der Schweizer Franken 39,81 M.

Der Verband landw. Genossenschaften.

Die Entwicklung des Verbandes landw. Genossenschaften erblicken folgende Zahlen: Gegründet im Jahre 1884 durch 23 Darlehens-Kassenvereine mit 1150 Mitgliedern umfaßt der Verband im Jahre 1890 278 landw. Genossenschaften mit rund 23 000 Mitgliedern, im Jahre 1920 aber 1843 landw. Genossenschaften mit rund 200 000 Mitgliedern. Heute gehören dem Verband landw. Genossenschaften in Württemberg e. V. an: 1365 Darlehens-Kassenvereine, 378 Molkereien, Sennereien, Käseereien und Milchverkaufsgenossenschaften, 45 Getreideverkaufs- und Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 12 landw. Konsum- (Bezugs-) Genossenschaften, 27 Getreidemehls- und Elektrizitätsgenossenschaften, 12 Obstverwertungsgenossenschaften, 23 Wein- gärtnergenossenschaften, 18 Drehschiffgenossenschaften, 20 sonstige Genossenschaften zusammen 1900 landwirtschaftliche Genossenschaften mit rund 230 000 Mitgliedern.

Deutschlands Zuckerproduktion.

Nach der Aufstellung des Stat. Reichsamts über den Betrieb der deutschen Zuckerfabriken im Dezember 1921 wurden in diesem Monat verarbeitet 11 140 260 Dg. rote Rüben, vom 1. September bis 31. Dezember 1921 74 788 448 Dg. (in der entsprechenden Zeit des Vorjahres 65 324 530 Dg.). Gewonnen wurden im Dezember 1921 1 828 087 Dg. Verbrauchszucker, vom September bis Dezember 1921 5 051 910 Dg. (i. V. 4 026 451 Dg.).

Landesproduktenbörse.

(ECB) Stuttgart, 6. Febr. Die Preissteigerung auf dem Getreidemarkt hat in letzter Woche, hauptsächlich infolge des Eisenbahnstreiks, weitere Fortschritte gemacht. Die Umsätze an der heutigen Börse waren geringfügig. Es notierten je 100 Klg. ab württ. Stationen: Weizen 940-970 (am 30. Januar: 850-870) M., Sommergerste 780-800 (740-780) M., Hafer 610-640 (580-610) M., Weizenmehl Nr. 0 1300-1320 (1275-1295) M., Brotmehl 1050-1070 (1025-1045) M., Kleie 450-460 M. (unverändert), Heu 340-320 (300-320) M., Stroh 100-110 (95-100) M.

Märkte.

Pferde und Vieh.

(ECB) Balingen, 5. Febr. (Schweinemarkt.) Zugeführt wurden 158 Stück Milchschweine, Handel lebhaft, alles verkauft. Preis für das Stück 280-460 M.

Holz.

(ECB) Benningen, O. A. Ludwigsburg, 5. Febr. Für 11 Festmeter Pappeln wurden 13 000 M. erzielt. Vom Brennholz wurden erzielt für den Raummeter durchschnittlich 400-500 M., im ganzen 45 000 M., für Stammholz im Durchschnitt 800-1200 M. vom Fm., zusammen 78 000 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verteilungskosten in Betracht kommen. Z. Schrifl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. B. W. Rudolph, Galm. Druck und Verlag der W. Dönnepächter'schen Buchdruckerei Galm.

Wenn Prospekte, Kataloge, Rundschreiben usw. einen noch so geschickt abgefaßten Text aufweisen, so erfüllen sie ihren Zweck doch nur dann erst voll und ganz, wenn der Buchdrucker seinen Teil zur packenden Herstellung mit dazu beiträgt. Wirkungsvolle Ausstattung der

Reklame-Drucksachen

bedingt darum stets ihren Erfolg! Wirklich zweckentsprechende Drucksachen aller Art bei billigen Preisen und sorgfältiger Ausführung liefern wir in denkbar kürzester Frist. / / /

A. Dönnepächter'sche Buchdruckerei

Sternsprecher 9 Galm Lederstraße 151.

Stadtgemeinde Calw.
Morgen Mittwoch, den 8. Febr. 1922,
findet hier



Schweine-, Vieh- und Pferdemarkt

Markt, zu dessen Besuch eingeladen wird.
Zugzwang von Händlern aus Pforzheim und anderem ver-
sehrten Gebiet ist strengstens verboten.
Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse sind mitzubringen.
Calw, den 7. Februar 1922.
Stadtschultheißenamt: G h n e r.

Evang. Bezirksschulamt Nagold.
An die Lehrer, die Gemeindevorstände und die Ortschulräte
des Bezirks.
Der Evang. Oberschulrat hat dem Herrn Studienrat
Bachter an der Lehrerbildungsanstalt in Nagold unter vor-
läufiger Beurlaubung auf seiner jetzigen Stelle mit der Ver-
setzung der Geschäftsjahre eines 2. Beamten ab 13. ds. Mts.
beim Bezirksschulamt Nagold beantragt.
Nagold, den 6. Februar 1922. Schulleiter Scholl

Mütterberatungsstunde
morgen Mittwoch, den 8. Februar 1922,
2-3 Uhr nachmittags im Handarbeitsaal (Erdgeschoss)
des Volksschulgebäudes in der Badstraße.

Witzbach, 5. Februar 1922.
Todes-Anzeige.

Tiefbetrübt geben wir Verwandten, Freun-
den und Bekannten die schmerzliche Nachricht,
daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat,
an uren lieben Vater, Großvater, Uergroßvater,
Schwiegervater und Bruder

Joh. Georg Luz

nach längerem, mit großer Geduld ertragenem
Leiden heute ab 6 Uhr im Alter von 83
Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Mich. Luz im Oberdorf.

Die Beerdigung findet am Mittwoch,
den 8. ds. Mts., vormittags 11 Uhr statt.

Erntmühl.
Bergebung von Bauarbeiten.
Zur Errichtung eines Zweifamilienhauses für Herrn
Aug. Kofl, Schreinermeister in Erntmühl, sind die
Grab-, Beton-, Maurer- und Stein-
hauer-, Zimmer-, Gipfer-, Schreiner-,
Glaser-, Schlosser-, Flischer- und An-
stricharbeiten
im Submissionsweg zu vergeben.
Pläne, Arbeitsbeschrieb und Bedingungen sind bei dem
Bauherrn zur Einsicht aufgelegt und wolle Angebote nach
den einzelnen im Arbeitsbeschrieb aufgeführten Positionen
bis Samstag den 11. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr,
dagegen eingereicht werden.
Calw, den 6. Februar 1922.
Kohler, Architekt.

Klavier- und Harmoniumstimmer
kommt nach Calw und Umgegend. Aufträge für den-
selben, wolle man auf der Geschäftsstelle des Blattes oder
bei uns selbst niederlegen.
Musikhaus Sattler, Pforzheim,
Abt.: Pianos u. Stimminstitut, Tel. 1210 u. 7821.

Wand-Kalender
für 1922
mit Märkte-Verzeichnis

sind auf der Geschäftsstelle
dieses Blattes das Stück zu
60 Pfg. erhältlich.

Kann man
? Mit den Toten reden?
Eine große Gefahr für alle Menschen!
Spiritismus ist Dämonismus!!
durch ihn
Tausende vom Irrsinn bedroht!

Öffentlicher Vortrag
über obiges Thema in Calw, Badischer Hof am Mittwoch,
den 8. Februar, abends punkt 7/8 Uhr.
Redner: B. Buchholz, Berlin.

Aus dem Inhalt: Was ist Spiritismus? Wer sind die Dämonen?
Wie der Mensch über dem Tiere steht, gibt es auch Wesen über dem
Menschen stehend. Das Zeugnis der Bibel und der griechischen
Mythologie zum Ursprung der Dämonen. Seht der Gerichtsang der
Erde und das Ende des Zeitalters, daher erhöhte Wirkbarkeit der
Dämonen.
Salons Lüge: Was ist die Seele? Ist sie unsterblich? Wo sind
unere Toten? Kann man mit ihnen reden? Die Menschheit be-
trogen, ungläubig, verdorren und irrsinnig gemacht. Eine ernste
Warnung. Was ist die Wahrheit?

Eintritt frei! Jeder willkommen!
Internationale Vereinigung Ernstforscher.

Für die Hinterbliebenen! Erhöhe die beste württ. Lotterie!

Geld-Lotterie	Geld-Lotterie
zu Gunsten der Nationalen Stiftung f. d. Hinter- bliebenen d. r. im Kreis G. f. d. r. n. Ziehung 16. Februar 1922. Gesamt- u. Hauptgewinn M.	zu Gunsten des Deutschen Auslands-Instituts Stuttgart. Ziehung 22., 25. u. 27.-28. Februar Gesamt- und Hauptgewinn Mark
67500	1 Million
35000	150000
30000	100000
Lose zu M. 3.60. Porto und Liste 3 Marke m. r.	Lose zu M. 6. Porto und Liste 3 M. 50 Pf. mehr
Bestellungen erfolgen am billigsten auf dem Abschnitt einer Zah- karte (Postanweisung-Konto Stuttgart 2055), welche nur 75 Pfg. Porto kostet.	
J. Schweickert, Lotterie- u. Bankgeschäft, Stuttgart, Marktstr. 6 Fernsprecher 1921. — Postsparkonto Stuttgart 2055 Hier bei allen Verkaufsstellen.	

Viehverkauf.
Auswahl unter 20 Stück.
Vom kommenden Mittwoch, den 8.
ds. Mts. vormittags 8 Uhr ab steht in
meinen Stallungen in Wildberg
ein sehr großer frischer Transport
erstklassiger, hochträchtiger Schaff-
kalbinnen, hochträchtiger Röhre
und Milchkuhe
sowie eine sehr große Auswahl
erstklassiger
Schaffstiere u.
Lernstiere
(auch paarweise), sowie
schönes Jung-Vieh
zum Verkauf, wozu Kauf- und Tausch-
liebhaber freundlichst einladet
Hermann Hopper.

Kunstoffärberei Stuttgart
färbt und reinigt alles schön und gut.
Annahmestelle: W. Entenmann, Leder-
str. 91

Die glückliche Geburt eines
Sohnes
zeigen hoch erfreut an
Emil Wagner und Frau Luise-Charlotte
geb. Laufer
Calw, 6. Februar 1922.

Evang. Volksbund Calw.
Am Montag, 13. Februar, abends 8 Uhr
im „Badischen Hof“
Lieder-Abend
von Meta Diestel.
Einstellt für Mitglieder des Volksbundes frei.
Nichtmitglieder bezahlen 3.- Mk. Lohnraum bei Buch-
händler Kirchherr, Mitgliedskarten vorzeigen. Digne Bewirtung.

Für Kinder
ist die beste Seife
Stechenpferd Buttermilch-Seife
zu haben in Calw: H. Besser, Kaufm.; Fr. edr. Lamparter,
Kol-Waren; J. Odermatt, Friseur; Wilm. Winz, Friseur.
In Liebenzell oder eventl. näherer Umgebung wird
ein hübsches, kleines
Landhaus
gegen Barzahlung zu kaufen gesucht. Verkäufer kann
eventl. wohnen bleiben, beanprucht werden 2-3 Zimmer
als Sommerhaus, enthält Angebote mit näheren Angaben
sind unter J. B. 29 an die Geschäftsstelle ds. Bl. zu richten.

Ein Enterich
und eine Ente
haben sich verlaufen.
Alte Handelschule.
Auf 15. Februar oder
1. März ein erntliches, fleiß.
Mädchen
nicht unter 18 Jahren
gesucht.
E. Rau, „Bürgerstübli“.
Weilimdorf.
Suche sofort oder bis 1.
März ein braves
Mädchen
im Alter von 17-20 Jahren
in besseres Haus zu einer
alleinstehenden Frau, das
etwas nähen u. stricken kann.
E. Schaible, Leonbergstr. 2.

Größerer
Geldbetrag
gefunden.
Ansprüche innerhalb 8
Tagen beim
Stadtschultheißenamt.
Schönen
Konfirmanden-
Anzug
billig zu verkaufen.
A. Knoll, Vorstadt 285.

Mädchen
Ein jüngeres, braves
Mädchen,
sowie ein junger
Bursche
für Hausarbeit gesucht.
Von wem sagt die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Wer will rasch und
glücklich
heiraten?
Auskunft nur gegen 2.- Mk
für Rückporto durch H.
Nagl, Ravensburg,
Kätheinstor.
Einen neuen, neumodischen
Feld-Badofen
samt Maurewerk
hat zu verkaufen.
Fr. Wohlgemuth,
Stammheim.

Lüchtiger
Säger
kann sofort eintreten bei
E. Burkhard & Cie.
Unterreichenbach.

Mitteilungen
Rechnungen
erhalten Sie rasch in der
A. Oeschläger'schen
Buchdruckerei Calw.

Calwer Tagblatt
Die Auflage unseres
Blattes ist stetig im
Wachsen, es ist dies
ein Beweis, welcher
sich daselbst bei all-
den Lesern erfreut!